

09.04.24

In - Fz

**Antrag
des Freistaates Bayern**

**EntschlieÙung des Bundesrates „Vertriebene und Aussiedler als
Brückenbauer ins östliche Europa stärken“**

Der Bayerische Ministerpräsident

München, 9. April 2024

An die
Präsidentin des Bundesrates
Frau Ministerpräsidentin
Manuela Schwesig

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

gemäß dem Beschluss der Bayerischen Staatsregierung wird die als Anlage
beigefügte

EntschlieÙung des Bundesrates „Vertriebene und Aussiedler als
Brückenbauer ins östliche Europa stärken“

mit dem Antrag übermittelt, dass der Bundesrat diese fassen möge.

Es wird gebeten, die Vorlage den zuständigen Ausschüssen zur Beratung
zuzuweisen.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Markus Söder

Entschließung des Bundesrates „Vertriebene und Aussiedler als Brückenbauer ins östliche Europa stärken“

Der Bundesrat möge folgende Entschließung fassen:

Der Bundesrat weist auf die besondere Bedeutung der Themen „Flucht und Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg“ und „Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa“ hin. Beide Bereiche sind durch die Geschichte der deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler eng miteinander verwoben. Sowohl die institutionalisierte Erinnerungskultur, als auch der kulturelle, wissenschaftliche sowie gesellschaftliche Austausch mit den früheren Heimatorten und Herkunftsländern der Aussiedler, Spätaussiedler und Vertriebenen in Ostmittel- und Südosteuropa müssen auch künftig einen Schwerpunkt in der Kulturförderung des Bundes bilden. Insbesondere der Förderung nach § 96 Bundesvertriebenengesetz (BVFG) kommt dabei zentrale Bedeutung zu. Schließlich haben sich die Vertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler sowie die im östlichen Europa heimatverbliebenen Deutschen als Brückenbauer und Bindeglied zu den Ländern Ostmittel- und Südosteuropas erwiesen und genießen dort mittlerweile großes gesellschaftliches Ansehen. Damit würdigen die betreffenden Länder auch den Einsatz ihrer ehemaligen Mitbürgerinnen und Mitbürger und deren Nachkommen für ihre frühere Heimat. Die deutschen Heimatvertriebenen setzen sich intensiv ein für die Verständigung und Versöhnung zwischen den Völkern und die Vermittlung vertiefter Kenntnisse über die Länder und Kulturen Ostmittel- und Südosteuropas in der deutschen Gesellschaft. Wissen über, Interesse an und Kontakte mit dieser Region sind auch 35 Jahre nach dem Ende der Teilung Europas und trotz der geographischen Nähe zu Deutschland weiterhin ausbaufähig. Es erscheint angezeigt, dass die Länder Ostmittel- und Südosteuropas in der Wahrnehmung deutscher Politik den Platz einer Schwerpunktregion einnehmen, der ihnen aus historischen, geographischen und geopolitischen Gründen zukommt. Die Vertriebenen, Aussiedler, Spätaussiedler und Heimatverbliebenen können dazu einen wertvollen Beitrag leisten.

Angesichts dessen sind Kürzungen und Streichungen von Fördermitteln kontraproduktiv. Sie entsprechen nicht der hohen Bedeutung, der aufgrund der gemeinsamen Geschichte angestrebten, nachhaltigen Verständigung und Versöhnung mit den Ländern

und Völkern Ostmittel- und Südosteuropas. Es bedarf einer kontinuierlichen und verlässlichen Finanzierung der Kulturarbeit im Rahmen von § 96 BVFG. Insbesondere ist es hierbei wichtig, dass die Bundesregierung die Förderung des Projekts „Stärkung der Kulturarbeit gemäß § 96 BVFG tätigen Einrichtungen durch die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen“ fortsetzt.

Der Bundesrat fordert die Bundesregierung auf, eine ausreichende, verlässliche und der Bedeutung der deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedler, Spätaussiedler und Heimatverbliebenen entsprechende Förderung gemäß § 96 BVFG sicherzustellen.

Außerdem wird auch die Umbenennung des „Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa“ (BKGE) in „Bundesinstitut für Kultur und Geschichte im östlichen Europa“ (BKGE) der herausragenden Rolle der deutschen Vertriebenen, Aussiedler und Heimatverbliebenen bei der Versöhnung mit den Völkern Ostmittel- und Südosteuropas nicht gerecht. Die im entsprechenden Erlass vom 28. August 2023 weiterhin verfügte Erweiterung der Aufgaben des Instituts ist grundsätzlich zu begrüßen. Die Streichung des Zusatzes „der Deutschen“ aus dem Namen des BKGE hat jedoch für erhebliche Irritationen innerhalb der im Rahmen von § 96 BVFG aktiven Akteure gesorgt. Die Bundesregierung wird daher aufgefordert, den genannten Erlass zu überprüfen, sowie sicherzustellen, dass auch künftig die Förderung von Kultur und Geschichte der Heimatvertriebenen, Aussiedler, Spätaussiedler und Heimatverbliebenen den Schwerpunkt der Förderungen des BKGE bildet.